

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktatdruck
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1530.
Direktor:
Riesa Nr. 52.

Nr. 20.

Dienstag, 24. Januar 1933, abends.

86. Jahr.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug 2 R. 24 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Zeilen) 15 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Verlagsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lohmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Völkerbund in der Endgasse.

Krieg Genf — Tokio?

„Kann die Streitfrage nicht ausgeschlichtet werden, so erachtet und veröffentlicht der Rat einen auf einstimmigem Beschluß oder Mehrheitsbeschluß beruhenden Bericht, der die Einzelheiten der Streitfrage und die Vorschläge wiedergibt, die er zur Lösung der Frage als die gerechtesten und die geeignetsten empfiehlt. Jedes im Rat vertretene Bundesmitglied kann gleichfalls eine Darstellung des Zustandes der Streitfrage und seine eigene Stellungnahme dazu veröffentlichen.“ (Völkerbundsstatut Art. 15 Abs. 4.)

„Zum ersten Mal in seiner Geschichte steht der Völkerbund vor dem Ansehen, den Artikel 15 seiner Satzung, das letzte und schärfste der vorgezeichneten Mittel, in Anwendung bringen zu müssen. Lange genug hat man diese äußerste Konsequenz aus dem sinesisch-japanischen Konflikt hinausgeschoben, aber nach den letzten Vorgängen war es ein Gebot des Selbsthaltungstriebes, zu dieser Maßnahme zu greifen: die Konferenzkommission mußte feststellen, daß die Bemühungen um eine friedliche Vermittlung im dem Konflikt „wegenwärtig gescheitert“ sind.“

„Wegenwärtig gescheitert“... was also nun weiter? Zunächst wird voraussichtlich der Völkerbundrat den Bericht der Konferenzkommission entgegennehmen und wird sich darüber schlüssig werden müssen, ob er das negative Ergebnis von sich aus offiziell zur Kenntnis nimmt oder die Völkerbundsversammlung damit befaßt. Hierfür gibt es wiederum zwei Möglichkeiten, die von dem Sachverhalt her nicht eindeutig festzulegen sind; der Völkerbundrat kann zur Einberufung einer neuen außerordentlichen Völkerbundsversammlung beschließen, was eigentlich das Gegebene wäre, da die Vertrauens- und Reputationskommission auch durch eine außerordentliche Vollversammlung vollzogen wurde, oder er kann mit der Übermittlung des negativen Resultates der Schlichtungsbestrebungen bis zum planmäßigen Aufammentritt der Vollversammlung im Herbst warten. Da hiermit ein Spielraum von reichlich einem halben Jahr gewonnen würde, und da das offizielle Kommando über die Arbeiten der Kommission ausdrücklich betont, „die Kommission werde natürlich bereit, alle neuen Anregungen aufzunehmen, die ihr etwa die beiden Parteien zu übermitteln wünschen würden“, wird man annehmen dürfen, daß dieser letztere Weg gewählt werden wird, denn eine derartige Vorgehensweise ist ja bedauerlicherweise nur herbeiführendes Charakteristikum im Vorgehen des Völkerbundes bei dieser Angelegenheit geworden.

Keine Taktik, was sie noch so geschickt und unauffällig versuchen, die Angelegenheit im Sande verrinnen zu lassen, kann oder darüber hinwegtäuschen, daß mit dieser Entwicklung der Angelegenheit die Existenzfrage des Völkerbundes aufgerollt ist. Das erobert sich vor allen Dingen aus den ersten Neuherungen offizieller japanischer Kreise die den ergebnislosen Abschluß der Kommissionsarbeiten relativ gleichgültig reaktivieren und zugleich die Tendenz verrietten, fernerhin betonte Aktion zu unternehmen, sondern in dem bisherigen Sinne weiter zu handeln, ohne den gewaltsamen Bruch mit dem Völkerbund einzutreten zu lassen. Es ist betraue frolos, daß dies beschämende Durcheinander möglich sein wird, denn über den einander ähnelnden Absatz 4 des Artikels 15 der Völkerbundsstatute hinaus gibt es keinerlei eindeutig festgelegte Maßnahmen. Die einzelnen Völkerbundsmitglieder gewinnen ihre Handlungsfreiheit gegenüber den Konfliktpartnern. Aber das ist auch alles. Es besteht fernerlei Handhabe, dem internationalen Recht zur Durchsetzung zu verhelfen.

Es besteht vor allen Dingen auch keine Handhabe, für den Fall des Scheiterns Japans aus dem Völkerbund auszutreten, was denn nun mit den Rechten wird, die Japan als Mandatar, d. h. als Treuhänder des Völkerbundes in den ehemaligen deutschen Kolonien der Karolinen- und Marianen-Inseln übernommen hat. Kann das Mandat einer Gemeinschaft, dem als solchem gewisse Aufgaben treuhänderischer Art erteilt sind, nach seinem Auscheiden aus dieser Gemeinschaft treuhänder bleiben? Die Antwort auf diese Frage ist eine Selbstverständlichkeit... Leider fehlt jede Möglichkeit, um die Anerkennung des Erfolgens solcher Mandatarrechte durchzusetzen. Krieg Genf-Tokio? Nein! Dafür fehlen alle Voraussetzungen, aber das droht aus der Weiterentwicklung der Dinge der Genfer Institution das völlige Versinken in die politische Bedeutungslosigkeit.

Die Reichsregierung und der nationalsozialistische Aufmarsch am Bülowplatz.

Berlin. In der Pressekampagne über den nationalsozialistischen Aufmarsch am Bülowplatz in Berlin erzählt die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite, daß Reichskanzler von Schleicher der Auffassung sei, daß solche Aufmärsche grundsätzlich unerwünscht seien. Nachdem jedoch zahlreiche Drohungen von kommunistischer Seite ausgesprochen worden seien, habe der Reichskanzler im Interesse der Staatsautorität sich nicht unter kommunistischen Druck setzen lassen und den bereits genehmigten Aufmarsch verbieten können. Gegenüber den Pressemeldungen über die Unterredung des Kanzlers mit den kommunistischen

Die innerpolitische Situation:

Fortsetzung des Gerüchtespiels.

Die Salzenfrist, die das Zentrum für den letzten Versuch einer parlamentarischen Überbrückung der Krise erlitten, ist bereits zur Hälfte verstrichen, ohne daß die Parteien auch nur ernsthaft an einen solchen Versuch herangegangen wären. Auch der Führer des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, hat keine besondere Initiative in der von ihm inaugurierten Richtung entfaltet. Die Gründe dafür sind inzwischen bekannt geworden. Die Nationalsozialisten haben für ihre politischen Vorforderungen einen anderen Partner als das Zentrum gewählt. Sie haben mit den Deutschnationalen verhandelt. Ihr Thema war dabei keineswegs so parlamentarisch, wie es die Zentrumsführer bei ihren andersgerichteten Bemühungen erzielten. Es ging den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen vielmehr um die Bildung eines Übergangskabinetts unter der Führung von Dr. Kaas. Dieses Kabinett sollte mit nationalsozialistischen u. deutschnationalen Fachmännern ausgestattet werden und sich der Tolerierung der beiden Parteien erfreuen. Aber schon die Mitberanennung des Zentrums war durchaus nicht ernsthaft ins Auge gefaßt worden. Man wollte vielmehr vom Reichspräsidenten für das Kabinett Kaas Vollmachten erlangen, die auch ein Regieren ohne Parlament oder gegen das Parlament gestatteten. Gegen Montag mittag war in politischen Kreisen Berlins die Nachricht verbreitet, daß diese Ziele unter Umständen in einer von den beiden Parteien gemeinsam unterzeichneten Erklärung niedergelegt werden sollten, einer Erklärung, die auch zugleich eine solche für die plötzliche Abreise Adolf Hitlers aus Berlin gemeldet wäre. Aber in dem Augenblick, in dem diese Beilegen geschrieben werden, steht es weder fest, daß eine solche Erklärung herauskommt, noch, daß Adolf Hitler, wieviel auch seine Absichtsinne innehat, man wird hier also den Ereignissen nicht vorgreifen dürfen. Immerhin ist richtig, daß der Kurs — was heute ja schon viel bedeutet — 48 Stunden in dieser Richtung ging.

Auch der Montagsbesuch des Reichskanzlers von Schleicher beim Reichspräsidenten beschäftigte sich nach unseren Informationen mit diesen Eventualitäten. Er hatte darüber hinaus aber noch einen weiteren Zweck. Die harte Kritik, die in den letzten Tagen an der Schwelgenhaft und Programmlosigkeit der Reichsregierung in weiten Kreisen geübt wurde, scheint ihren Eindruck auf der Weichheit nicht verfehlt zu haben. Auch der an sich kühle und klassenlose Reichskanzler sieht ein, daß er der Verfestigung im Unterschied von dem Aufrissfeld der Parteien etwas Positives bieten muß, wenn der Glaube an die Aktivität der jetzigen Regierung nicht völlig zerfallen werden soll. Er hielt deshalb dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die Möglichkeiten einer Erweiterung des 500 Millionen-Sofortprogramms. Reichskommissar Dr. Geresch wird, wie wir erfahren, bereits in aller nächster Zeit auch von seinem Standpunkt aus Herrn von Hindenburg über die angeführten Fragen Bericht erhalten. Nach unseren Informationen handelt es sich dabei um den Plan, die noch immer nicht voll ausgenutzten Steuerguthaben für die Erweiterung des Sofortprogramms nutzbar zu machen. So sind z. B. bei den für die Beschäftigungsprämien bereitgestellten Geldmitteln noch immer größere Summen ungenutzt. Aber auch an anderen Stellen des alten Patentes Wirtschaftsprogramms sind Summen verfügbar, die eigentlich anderen Zwecken dienen sollten, aber sich weit fruchtbarer in ein erweitertes Sofortprogramm einstellen lassen. Bei einer Überwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten wäre es nach Auffassung des Reichskanzlers und Dr. Geresch möglich, ohne Schaffung neuer zusätzlicher Kreditmittel das ursprüngliche 500 Millionen-Sofortprogramm auf insgesamt 1 Milliarde R. zu erhöhen. Diese Summe könnte unmittelbar zur Mobilisierung der Wirtschaft auf dem Wege über Aufträge öffentlicher Hand eingesetzt werden. An Arbeiten, aber auch

Abgeordneten Torpax und Kasper ist festzustellen, daß der Kanzler in dieser Unterredung der Abgeordneten lediglich seine oben wiedergegebene Auffassung zum Ausdruck gebracht hat.

Zu den Gerüchten, daß Gregor Straker am Freitag eine Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt habe, wird an maßgebender Stelle erklärt, daß dort von einer solchen Unterredung nichts bekannt sei.

Beschäftigung von Ausländern

Eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers

Berlin, 24. Januar.

Der Reichsarbeitsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats eine neue Verordnung über ausländische Arbeitnehmer erlassen. Die Verordnung erstreckt sich auf alle ausländischen Arbeitnehmer, regelt die Beschäftigung der Ausländer im ganzen Reich nach einheitlichen Grundsätzen, bestimmt ein einheitliches Verfahren unter Wahrung der fremdenpolizeilichen Belange der Länder und setzt die Vorschriften über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, die bisher in verschiedenen Verordnungen enthalten waren, zusammen. Die Verordnung tritt am 1. Mai 1933 in Kraft.

an den nötigen kreditnehmenden Arbeitsträgern fehlt es nicht. Die Ueberzeichnung der Anträge für das bisherige Sofortprogramm hat dies nach Auffassung der Reichsregierung klar erwiesen.

Diese neuen Pläne der Reichsregierung werden bei der Verteilung der weiteren politischen Entwicklung sehr ernsthaft in Rechnung gestellt werden müssen. Sie sind das erste Zeichen dafür, daß die Reichsregierung doch nicht so völlig die Fügel am Boden schleifen läßt, wie man ihr vorwirft. Sie beweisen überdies, daß Reichskanzler von Schleicher auch schon für einen längeren Zeitraum Dispositionen trifft. Mit seiner „Reinigung zum Verzicht auf den Reichskanzlerposten“ scheint es demnach noch nicht weit her zu sein. Aber auch die Frage einer Zustimmung oder Ablehnung des Parlaments oder sogar neuer Regierungsgruppierungen scheint in der Weichheit keine Rolle mehr zu spielen. Nach unseren Informationen ist der Reichskanzler entschlossen, eine neue Verfassung des Reichsrats oder des Reichstages nicht mehr hinzunehmen. Er verlangt noch innerhalb dieser Woche endgültige Klarheit, falls ihm dabei Schwierigkeiten gemacht werden sollten, ist nicht nur die Auffassung des Reichstages gewiß, sondern auch die vorläufige Verfassung von Neuwahlen bis zu einem Zeitpunkt, der eine wirklich grundlegende Veränderung der politischen Stimmungen und der von den Parteien beliebigen Politik erwarten läßt. Es ist möglich, daß von nationalsozialistischer Seite dieser Schritt einer solchen Klärung durch Zwischenanträge entgegengebeichtet wird. So spricht man davon, daß die Nationalsozialisten im Reichsrat am Freitag darauf dringen wollen, Fragen der Arbeitsbeschaffung und ähnliche sozialpolitische Fragen auf die Tagesordnung der kommenden Reichstags-Sitzung zu setzen, weil sie dringlicher seien, als die „bereits bekannten“ Erklärungen der Reichsregierung. Wir möchten jedoch annehmen, daß diese Anträge diesmal an der Haltung der Regierung scheitern.

Spiel mit Gerüchten

Rästelraten um die innerpolitische Entwicklung

Berlin, 24. Januar.

Im den Berliner Blättern wird das große Rästelraten der vorigen Woche über die innerpolitische Entwicklung fortgesetzt. Es wird über alle möglichen Vorforderungen berichtet, die statgefunden haben sollen. Sicher ist aber nur, daß Reichskanzler von Schleicher dem Reichspräsidenten über die politische Lage und den Stand der Arbeitsbeschaffung Bericht erstattet hat. Alles andere sind Gerüchte und sogar zum größten Teil unkontrollierbare Gerüchte.

Die eigentlichen Verhandlungen, die die Möglichkeit einer arbeitsfähigen parlamentarischen Mehrheitsbildung feststellen sollen, sind immer noch keineswegs im vollen Gange. Vielmehr hat bisher nur eine unverbändliche Unterhaltung zwischen dem Zentrumsvizepräsidenten Dr. Bell und dem Nationalsozialisten Dr. Fric statgefunden, ohne daß aber irgendwelches Ergebnis dieses Gesprächs bereits zu erkennen wäre.

Es wird auch von einer Unterredung Hitlers mit Straker gesprochen, die angeblich erst in Berlin stattfinden sollte und nun für München vorgezogen sein soll. In ununterrichteten nationalsozialistischen Kreisen wird dieses Gerücht gar nicht sehr ernst genommen.

Jedemwelche Entscheidungen oder die Einbahnung von Entscheidungen sind nicht vor der zweiten Hälfte dieser Woche zu erwarten.

Reich und Länder

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hielt auf der Generalversammlung des Oberbayerischen christlichen Bauernvereins eine Rede, in der er u. a. auf das Verhältnis von Reich und Ländern einging. Die Tatsache, daß die deutschen Länder keine eigenen Einnahmen hätten und dadurch in ihren Ausgaben beschränkt seien, müsse als Bettelsystem bezeichnet werden, das zum Ruin der Länder führen müsse. Man müsse fordern, daß den Ländern die finanzielle Hoheit in vollem Umfang zurückgegeben werde. Er könne, so fuhr Dr. Held fort, die Notverordnung vom 20. Juli 1932, durch die die Reichsgewalt auf Preußen ausgedehnt worden sei, nicht vergessen. Wenn Bayern nicht selbst fest auf eigenen Füßen stünde, so wäre es vielleicht schon längst im „Reichs-schnappsaß“ verschwunden. Eine Revision der Weimarer Verfassung sei wohl notwendig, aber nur nach der Richtung hin, daß den deutschen Ländern wieder mehr Eigenleben gegeben werde.

Auf Probleme der Außenpolitik eingehend, erklärte Dr. Held, daß man starke wirtschaftliche Selbstschußpolitik Deutschlands, eine starke deutsche und nationale Politik fordern müsse.